Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık Türk lirası	1.50	R.M. 5.—
Üç aylık „ „	4.25	„ 13.—
Altı aylık „ „	8.—	„ 25.—
Bir senelik „ „	15.—	„ 50.—

yahut mukabili.

Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane
Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.000.
Posta Kutusu: Istanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tekke-Caddesi Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost.
Fernsprecher: 44.000.
Postfach: Istanbul 1269.

8. Jahrgang Nr. 153 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Istanbul, Montag, 3. Juli 1933

Hebung des deutschen Bauernstandes

Berlin, 2. Juli (A.A.n.WTB.)

Bei einem Presseempfang gab der neue Reichslandwirtschaftsminister Darré eine Erklärung über die von ihm geplante Landwirtschaftspolitik ab.

„Meine Arbeit, sagte der Minister, wird das Ziel sozusagen auf zwei Wegen zu erreichen trachten, zwischen denen ein grundsätzlicher Unterschied besteht.

Da die Städte die Menschen, die sich in ihnen niederlassen, verbrauchen, bleiben uns als einzige Quelle deutschen Blutes nur die Landarbeiter und Bauern. Daher werde ich diese Lebensquelle zu verstärken suchen, indem ich die Zahl der Bauern erhöhe.

Außerdem werde ich unsere Landwirtschaft neu aufbauen, damit sie die Ernährung unseres Volkes sicherstellen kann."

Die Arbeitsbeschaffung

Berlin, 2. Juli.

Die Durchführungsbestimmungen des Gesetzes zur Minderung der Arbeitslosigkeit liegen jetzt vor. Sie werden dieser Tage im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden.

Bemerkenswert ist dabei die Bestimmung, daß die erforderlichen Neueinstellungen nur mit bisherigen Erwerbslosen vorgenommen werden dürfen. Hierbei sind in erster Linie Kinderreiche, Familienernährer und langfristig Erwerbslose heranzuziehen, die den SA., SS., oder deren Reserven sowie dem Stahlhelm angehören und aus dem Berufszweig herkommen, für den Leute gesucht werden.

Falsche Gerüchte um Hitler

Berlin, 2. Juli (A.A.)

Die Meldungen, wonach Reichskanzler Hitler die Absicht haben soll, das katholische Bekenntnis aufzugeben und evangelisch zu werden, werden amtlich als unzutreffend bezeichnet.

Kyffhäuser-Tag in Potsdam

Berlin, 2. Juli.

Im Rahmen der großen Kyffhäusertagung fand in Potsdam ein Aufmarsch von mehr als 30.000 Kriegsteilnehmern statt.

Insgesamt waren gegen 100.000 Personen aus diesem Anlaß nach Potsdam gekommen. Zweieinhalb Stunden dauerte der Vorbeimarsch an dem Präsidenten des Bundes, dem General a. D. v. Horn.

Dem Zuge voran marschierte eine Ehrenkompagnie der Reichswehr, die mehrere alte Regimentsfahnen mit sich führte. Dann folgten 80 umflorte Fahnen der verlorenen Gebiete.

In seiner Ansprache erklärte General v. Horn, jetzt erst kehrten die Soldaten des großen Krieges in ihre Heimat zurück, für die sie gekämpft hätten. Der neue Staat werde die Verteidiger des Vaterlandes wieder an den Ehrenplatz der Nation stellen, der ihnen gebühre.

Reichskanzler Adolf Hitler hat anläßlich der Tagung in einem Schreiben an den Bund zum Ausdruck gebracht, daß er als Frontsoldat sich den Bestrebungen der großen deutschen Soldatenorganisation, des Kyffhäuserbundes, verbunden fühle.

Uebertritt vom Zentrum zur NSDAP.

Köln, 2. Juli.

Der Reichstagsabgeordnete Winkler, der Organisationsleiter des katholischen Gesellenvereines in Köln hat seinen Austritt aus der Zentrumspartei angemeldet, und das Ersuchen gestellt, in die nationalsozialistische Reichstagsfraktion als Hospitant aufgenommen zu werden.

Verhinderte Kundgebungen

Mainz, 2. Juli (A.A.)

Um Kundgebungen gewisser Elemente der Bevölkerung zu verhindern, verhaftete die Polizei 20 Personen, die im Verdacht stehen, an der Separatistenbewegung beteiligt zu sein. Die Verhafteten werden in ein Konzentrationslager gebracht.

Flagge der „Niobe" gefunden

Kiel, 2. Juli (A.A.)

Im Fehmarnbelt fanden Fischer eine Flagge des Segelschulschiffes „Niobe", das im vergangenen Jahr auf tragische Weise unterging.

Dr. Rauschning heute in Warschau

Warschau, 2. Juli.

Die Danziger Gäste, der Senatspräsident Dr. Rauschning und sein Stellvertreter, werden morgen in Warschau am Bahnhof durch den polnischen Finanzminister empfangen und begrüßt werden.

Gleich anschließend wird ein Empfang beim polnischen Staatspräsidenten stattfinden.

•

Warschau, 2. Juli.

Die polnische Presse beschäftigt sich eingehend mit dem morgigen Besuche des Danziger Senatspräsidenten Dr. Rauschning in Warschau.

Die Zeitungen zählen alle die Fragen auf, die zwischen Danzig und Folen zu regeln sind, vor allem die Frage des Wettbewerbs der Häfen Danzig und Gdingen.

Dollfuss' Politik

Wien, 2. Juli (A.A.)

Es geht dasGerücht, daß man in österreichischen nationalsozialistischen Kreisen die Gründung einer neuen Partei plant, in der alle Mitglieder der ehemaligen, jetzt verbotenen nationalsozialistischen Partei vereinigt werden. Die neue Partei soll „Oesterreichische nationale Arbeiter-Partei" heißen.

In Regierungskreisen ist man entschlossen, jede Neubildung der nationalsozialistischen Partei, ganz gleich in welcher Form, zu verhindern.

Wien, 2. Juli.

Gestern wurden in Oesterreich die Einzelbestimmungen über die neueingeführten Freiwilligen-Schutzkorps veröffentlicht.

Diese neugebildeten Formationen haben Vollzugsgewalt und unterstehen dem Sicherheitsminister Fey.

Sämtliche nationalsozialistischen Abgeordneten, denen ihre Mandate aberkannt wurden, sind unter Polizeiaufsicht gestellt worden.

Frankreich und Habsburg

In allen politischen Kreisen der Donauländer erregt der gegenwärtige Besuch des Prinzen Sixtus von Parma, des Bruders der ehemaligen Kaiserin Zita in Bukarest starkes Aufsehen.

Wie aus der rumänischen Hauptstadt gemeldet wird, gibt das dortige Blatt „Lupta", das zum französischen Auswärtigen Amt anerkanntermaßen enge Beziehungen unterhält, den politischen Charakter der Rumänienreise des Prinzen ohne weiteres zu. Es wird erklärt, der Onkel Ottos von Habsburg sei nach Rumänien gekommen, um hier das Gelände im Hinblick auf ein Unternehmen zu erkunden, das mit den letzten aussenpolitischen Ereignissen zusammenhänge. — Das Blatt verzichtet darauf, die „außenpolitische Aktion", die es meint, näher zu kennzeichnen. Da aber der Prinz als Freund Frankreichs bekannt ist, wird angenommen, daß sein Besuch der Unterstützung der französischen Donauraumpläne dient, im Rahmen derer den Habsburgern offenbar eine besondere Rolle zugedacht ist, die über keinesfalls in der Vereinigung Oesterreichs und Ungarns liegen kann.

Von Bukarest begibt sich Prinz Sixtus nach Belgrad, vermutlich in gleicher Mission.

Aus der Diplomatie

Wien, 2. Juli (A.A.)

Der englische Gesandte, Sir Eric Philipps, der kürzlich zum englischen Botschafter in Berlin ernannt wurde, hat gestern um 14 Uhr Wien verlassen und sich nach London begeben.

•

Bremen, 2. Juli (A.A.)

Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Luther, ist gestern an Bord der „Bremen" in Bremerhaven eingetroffen.

Kabinettssitzung auf hoher See

Washington, 2. Juli.

Eine Kabinettssitzung „auf hoher See" hat der amerikanische Präsident Roosevelt einberufen.

Die Ministerberatung soll morgen auf dem Schlachtkreuzer „Indianapolis" stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Währungsfragen.

Der Begriff des „Angreifers"

Genf, 2. Juli.

Ein dem von Politis ausgearbeiteten Wortlaut entsprechender Vertrag über die nähere Bezeichnung des Angreifers wurde in der heutigen Nacht von den Vertretern der Türkei, Sowjetrußlands, Polens, Rumäniens, Lettlands und Finnlands unterzeichnet.

Sieg der Opposition in Saloniki

Ruhige Wahlen—Fortsetzung der Regierungspolitik

Athen, 3. Juli (A.A.)

Die Ergänzungswahlen zum Parlament verliefen in vollkommener Ruhe, da die griechische Regierung alle notwendigen Maßnahmen ergriffen hatte, um Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Die Kandidaten der Opposition und Weniselos selbst sprachen ihre Befriedigung über die Maßnahmen der Regierung aus.

Die ersten Ergebnisse, die bekannt wurden, zeigten eine gewisse Mehrheit für die Regierungsliste.

Athen, 3. Juli (A.A.)

Die endgültigen Ergebnisse der Wahlen in Saloniki brachten eine verhältnismäßige Mehrheit für die Liste der Opposition, und zwar infolge der Unterstützung durch die Kommunisten, die der Regierung auf diese Weise Schwierigkeiten zu bereiten hoffen.

•

Diese Ergebnisse ändern die zahlenmäßige Stärke der Regierung in keiner Weise, die über die gleiche Mehrheit wie vor dieser Wahl verfügen und die Durchführung ihres Programmes fortsetzen wird, das von der großen Mehrheit des Volkes bei den letzten allgemeinen Wahlen gebilligt wurde.

Griechische Stimme zur Vertragsrevision

Athen, 30. Juni.
(Eigener Dienst der T. P.)

Die „Proia", das Blatt der Volkspartei schrieb am 28. v. Mts.:

Anläßlich der heutigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles legt die deutsche Presse gegen das dem Deutschen Reiche geschehene Unrecht Verwahrung ein, besonders weil die 14 Punkte Wilsons und das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht geachtet wurden, ferner, weil der polnische Korridor geschaffen wurde, der Deutschland in zwei Teile trennt und Deutschland zur Tragung einer über seine Verhältnisse gehenden Kriegsschuldenlast, die die Ursache der heutigen Krise geworden ist, verurteilt wurde.

Die Verwaltung entbehrt durchaus nicht einer berechtigten Grundlage, auch nicht eines tiefen Ernstes, denn sie bringt das Empfinden eines 70 Millionenvolkes, national geeint und stark, zum Ausdruck.

Auch ist es nicht schwer, anzuzweifeln, daß der Vertrag von Versailles, den unparteiisch abzufassen möglich gewesen wäre, rechtlich die Nachkriegszeit hätte regeln können. Freilich ein „Friedensvertrag", den ein Clemenceau mit den historischen und schicksalsschweren Worten einleitete: „Die Stunde der Abrechnung ist gekommen", konnte diese Eigenschaft nicht haben. Aber damit der Friedensvertrag in einer gerechteren, zweckmäßigeren und sicheren Weise überprüft werde, wäre ein neuer Krieg kaum ein geeignetes Mittel, dessen Ausgang zudem sehr fraglich wäre. Es liegt klar auf der Hand, daß Deutschland durch die Vorbereitung der internationalen Meinung auf eine friedliche Berichtigung des Friedensvertrages viel zu gewinnen hat und somit sich Vertrauen und Sympathie bei seinen Nachbarn und den Großmächten sichern kann, von deren Zustimmung hauptsächlich eine solche Ueberprüfung abhängt. Es ist selbstverständlich, daß die Deutschen, als Herren in ihrem eigenen Hause, jede Politik einschlagen können, die ihnen beliebt. Aber darüber hinaus ist es auch ein Recht der anderen Staaten, ihre Kritik zu üben, die jetzt mit einer gewissen Unruhe die Weiterentwicklung der Dinge in Deutschland verfolgen.

Die Frage der Goldwährung

Roosevelt gegen den Londoner Beschluss

London, 2. Juli (A.A.)

Die Nachricht von der Weigerung Roosevelts, die Londoner Erklärung der Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens, der Schweiz und Hollands anzuerkennen, hat in den Kreisen der Londoner Weltwirtschaftstagung eine schwere Enttäuschung hervorgerufen.

Obgleich die Hoffnung auf eine günstige Antwort gering war, rechnete man doch immerhin mit einer Annahme des Vorschlages.

•

Gestern wurde fieberhaft gearbeitet; die Abordnungen blieben ständig miteinander in Fühlung.

Bonnet legte nochmals die Haltung der französischen Regierung fest, die ihre Entscheidung nicht ändern werde.

Vor dem Schluß der Beratungen der beteiligten Staaten hatte der stellvertretende Leiter der Bank von Frankreich, Rist, eine fernmündliche Unterredung mit Bonnet und teilte diesem mit, daß Italien, Belgien, die Schweiz und Holland diesen Standpunkt vollkommen teilten und Maßnahmen zum Schutze der Währung ins Auge faßten.

Wegen des Wochenendes konnte man nicht mit den maßgebenden englischen Persönlichkeiten in Verbindung treten. Man hofft jedoch, daß heute gegen Abend Verhandlungen mit den englischen Vertretern werden stattfinden können.

Die Stellungnahme Englands wird die ganze Lage bestimmen.

Englands Zustimmung zu der Vereinbarung der Staaten mit Goldwährung war nur bedingt. Seine endgültige Entscheidung hatte England von der amerikanischen Antwort abhängig gemacht. Englands endgültige Stellungnahme — nach der Ablehnung Roosevelts — ist daher noch nicht bekannt.

•

Am Montag wird Hull eine Erklärung abgeben, in der die Ansichten Roosevelts über die Währungspolitik wiedergegeben werden sollen, denn zur Zeit kennt man die genauen Ansichten Roosevelts und die Tragweite seiner Ablehnung noch nicht.

Paris, 2. Juli.

Die ablehnende Haltung des amerikanischen Präsidenten in der Frage einer schnellen Währungsstabilisierung wird vor allem von den französischen Zeitungen heftig kritisiert.

So fordert das „Echo de Paris" sogar, dass Frankreich die Tagung einfach verlassen soll.

Die Pariser „Ere nouvelle" schreibt voll Mißstimmung, der amerikanische Staatspräsident dürfe nicht „amerikanische Spekulantensitten nach London übertragen".

Der „Temps" ist ungehalten darüber, daß Roosevelt mit seinerAntwort auf dieWährungsvorschläge so lange gezögert habe.

Dieses Blatt spricht von einem „Zwischenfall" auf der Weltwirtschaftstagung.

•

Newyork, 2. Juli (A.A.)

Man nimmt in den Vereinigten Staaten an, daß Holland den Goldstandard innerhalb von acht Tagen aufgeben würde und daß die Schweiz, Belgien und Frankreich sich dieser Bewegung in kurzem anschließen würden, falls nicht eine schnelle Stabilisierung durchgeführt wird.

•

London, 2. Juli.

Während des Wochenendes ist wieder eine ganze Reihe von Abgeordneten — wie es heißt für kurze Zeit — nach Hause gefahren.

Auch der stellvertretende Vorsitzende der Tagung, der Belgier Hymans, ist mit dem Flugzeug nach Brüssel gereist und hat damit den ersten Flug seines Lebens durchgeführt.

Ebenso kehrte der holländische Ministerpräsident nach dem Haag zurück.

Eine Sitzung der Weltwirtschaftstagung fand gestern nicht statt, doch wurden eine Reihe von Entwürfen und Denkschriften der einzelnen Ausschüsse und Abordnungen veröffentlicht.

Die morgen beginnende 4. oWche der Tagung steht im Zeichen der Unsicherheit und Ratlosigkeit, da Roosevelt die sogenannte Goldformel in ihrer voraussichtlichen Fassung abgelehnt hat.

Die englische Presse beurteilt die dadurch entstandene Lage verhältnismäßig ruhig und bringt — im Gegensatz zur französischen Presse — für die Gründe der Haltung des amerikanischen Präsidenten Verständnis auf.

Der Gasi in der Universität

Völkerrechtsprüfung

Der Staatspräsident verließ gestern gegen 4 Uhr nachmittags in Begleitung des Präsidenten der G.N.V., Kiasim Pascha, der Lehrerin Afet Hanim und einiger anderer Persönlichkeiten den Palast Dolma Bagtsche und fuhr nach der Universität, wo er vom stellvertretenden Rektor, Tewfik Redschep Bej, und den Studenten empfangen wurde. Der Staatspräsident fragte den Rektor, ob Prüfungen stattfänden, und begab sich, als er erfuhr, daß das Völkerrecht geprüft wird, in den Prüfungssaal. Er leitete dann die Prüfungen persönlich und stellte an die Studenten zahlreiche Fragen.

Nach dem Abschluß der Prüfungen ließ sich der Staatspräsident gemeinsam mit den Studenten fotografieren und unterhielt sich dann im Rektoratszimmer mit Ahmet Reschit Bej, dem Professor für Völkerrecht. Der Gasi ließ sich vom Professor die Noten zeigen, die die Studenten bei der Prüfung erhielten, und wies auf die Notwendigkeit hin, mehr zu arbeiten, während er die Unterrichtsmethode in diesem Fache als gut bezeichnete.

Ministerrat in Ankara

Ankara, 2. Juli (Tel.)

Der Ministerrat trat heute zu einer Sitzung zusammen, die mehrere Stunden dauerte.

Vom Vorstand der Volkspartei

Ankara, 2. Juli.

Der Abgeordnete von Stambul, Selah Dschimdschos Bej und der Abgeordnete von Izmir, Kiasim Pascha, wurden vom Senat des Vorstands der Volkspartei in den Hauptvorstand gewählt.

Tewfik Rüschdi Bej wieder in Paris

London, 2. Juli (A.A.)

Der türkische Aussenminister Dr. Tewfik Rüschdi Bej ist heute wieder nach Paris geflogen.

In den Einstellungen zu den verschiedensten, die Türkei und Frankreich angehenden Fragen wird zwischen den Staatsmännern beider Länder Uebereinstimmung wahrgenommen.

Die erste Fühlung über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Frankreich wird durch den türkischen Wirtschaftsminister Dschelal Bej in Paris aufgenommen. Die Verhandlungen werden später in Paris und Ankara fortgesetzt und zu Ende geführt.

Voraussichtlich wird Tewfik Rüschdi Bej in Paris drei Tage Wohnung nehmen.

Auch Dschelal Bej eingetroffen

Le Bourget, 2. Juli (A.A.)

Der türkische Wirtschaftsminister Mahmud Dschelal Bej traf gestern um 14,25 Uhr aus London hier ein.

Japans „Abrüstung" zur See

Tokio, 2. Juli.

Wie sehr das Wettrüsten in aller Welt zunimmt, beweist eine Meldung aus Tokio, in der darauf hingewiesen wird, daß die Vereinigten Staaten kürzlich eine Erklärung veröffentlichten, in der zum Ausdruck kommt, daß Amerika alle Flottenbaumöglichkeiten voll ausnützen werde.

Daraufhin wird Japan seine Flottenrüstung verstärken.

Mit dem Hinweis auf die in Amerika bewilligten 75 Millionen Dollar für Kriegsschiffbauten fordern die japanischen Blätter den Ausbau der japanischen Seestreitkräfte. Das Zusatzprogramm Japans, das Neubauten von 23 Einheiten vorsieht, wird als ungenügend bezeichnet.

Das japanische Marineministerium ist bereits mit den entsprechenden Maßnahmen beschäftigt.

•

Tokio, 2. Juli.

Das japanische Marine-Zusatz-Bauprogramm ist jetzt erhöht worden.

Statt der vorgesehenen 28 neuen Einheiten werden 32 Neubauten vorgenommen werden.

Flottenpolitik und Abrüstung

Die Kriegsrüstungen der großen Seemächte. — Voraussichtlich keine Erneuerung der bestehenden Flottenverträge.

Von
Dr. L. W. Matthai

Der Erste Britische Seelord, Admiral Sir Ernle Chatfield, erklärte kürzlich auf einem Bankett, daß die Stärke eines Landes nicht nur im Kriege, sondern auch in Ratsversammlungen des Friedens in Wahrheit von der Schlachtflotte abhinge, und die Notwendigkeit eben dieser Flotte unterstrich der ehemalige Admiral Campbell gelegentlich im englischen Unterhaus mit dem lakonischen Hinweis: „Es ist besser, Schlachtschiffe zu bauen und damit im Kriege Brot zu haben, als den Pazifismus zu predigen und dabei zu verhungern." — Erkennen wir Deutschen doch an solchen Aussprüchen von Vertretern großer Seemächte den großen Fehler unserer maritimen Vorkriegspolitik, der darin bestand, daß ein maßgeblicher Teil unserer Diplomatie den fortschreitenden Ausbau unserer Marine als ein Hindernis auf dem Wege unserer Verständigung mit England wie der internationalen Völkerversöhnung überhaupt betrachtete!

Die stolze deutsche Flotte der Vorkriegszeit besteht nicht mehr. In angelsächsischen Ländern ist jedoch die Genugtuung über die Ausmerzung des lästig gewordenen Gegners zur See längst der Ueberlegung gewichen, daß gerade durch den Fortfall unserer Flotte das maritime Gleichgewicht der Großmächte auf das empfindlichste gestört wurde. Was insbesondere England betrifft, so mußte es, statt seine angeblich durch uns gefährdete Seeherrschaft erneut befestigt zu sehen, erleben, daß es von den Vereinigten Staaten überflügelt und durch das schnelle Anwachsen der japanischen Flotte zur Aufgabe seines „Two Power Standard" gezwungen wurde, demzufolge die britische Marine den beiden nächst starken Flotten zusammen mindestens ebenbürtig sein sollte. Es konnte schließlich froh sein, auf der Washingtoner Flottenkonferenz die Ebenbürtigkeit mit der amerikanischen Marine wenigstens formell bestätigt zu bekommen, nachdem es durch die starke Vergrößerung der Unionsflotte sowie durch eigene finanzielle Erschöpfung seinen Anspruch auf die überlieferte Vorherrschaft zur See notgedrungen hatte aufgeben müssen. Heute bezeichnen führende englische Flottenpolitiker die Washingtoner Konferenz als einen ungeheuren Fehlgriff britischer Diplomatie.

Vor Ausbruch des Weltkrieges stand England mit den Ausgaben für seine Flotte weitaus an der Spitze aller Mächte, war doch sein Etat nahezu doppelt so groß wie der deutsche. Er betrug das Anderthalbfache der amerikanischen Marineausgaben und fast das Dreifache der französischen, von den japanischen und italienischen schon ganz zu schweigen. — Heute liegen die amerikanischen Flottenausgaben beträchtlich höher als die englischen, während sich diejenigen Japans und Frankreichs den letzteren bedenklich zu nähern beginnen. Auch die Italiener legen sich mächtig ins Zeug, während Deutschland infolge der entwürdigenden Bestimmungen des Versailler Diktats auf ein Drittel seiner Vorkriegshöhe zurückgeworfen ist. Für Wehrausgaben zahlt gegenwärtig der amerikanische Staatsbürger das Doppelte des Vorkriegsbetrages, auch der Franzose, ein Verhältnis, das sich ungefähr auch für den heutigen Japaner ergibt, während der Engländer in den letzten Jahren etwas niedriger davongekommen ist. Allein für Schiffsneubauten verwendet Frankreich heute eine Summe, die das Vierfache von der dafür in Deutschland zur Verwendung gelangenden ausmacht! Ausgedrückt in Prozenten des gesamten Staatshaushalts ergibt sich für die Wehrausgaben der führenden Seemächte folgendes Bild: In Deutschland 5,6, in England 15, in den Vereinigten Staaten 19, in Italien 28, in Japan 29 und in Frankreich, das mit